

I. Anmeldung

TOP: _____

Kommission für Integration

Sitzungsdatum 15.03.2018

öffentlich

Betreff:

**Interner Verwaltungsdolmetscherdienst/Dolmetscherdienst im Gesundheitsbereich
Anträge der SPD Stadtratsfraktion vom 18.12.2013, 16.04.2015 und 01.10.2015 und Beschluss
des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung vom 18.02.2014**

Anlagen:

Antrag der SPD Stadtratsfraktion vom 18.12.2013 - Interne Verwaltungsdolmetscherdienste
Antrag der SPD Stadtratsfraktion vom 16.04.2015 - Interne Dolmetscherdienste
Antrag der SPD Stadtratsfraktion vom 01.10.2015 - Interner Dolmetscherdienst
Beschluss des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung vom 18.02.2014
Empfehlung der Kommission für Integration vom 08.12.2016
Sachverhalt
Empfehlungsvorschlag
Konzept des bfz zum Aufbau von SprInt

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
Kommission für Integration	08.12.2016	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Die Kommission für Integration hat am 8.12.2016 zum Aufbau eines Service Sprach- und Integrationsmittler/innen SprInt für die Region Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach die Durchführung eines gemeinsamen Interessensbekundungsverfahrens empfohlen. Die Umsetzung des Verfahrens hat im Jahr 2017 eine städteübergreifende Projektgruppe vorbereitet. Nach Wertung des schriftlichen Konzepts und einer mündlichen Präsentation wurden die Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz) gGmbH als Partner für das Projekt ausgewählt.

Weiterhin hat die Kommission für Integration empfohlen, dass sich die Stadt Nürnberg für den kurzfristigen Bedarf an Sprachmittlung zeitnah am Vertrag des Klinikums zum Videodolmetschen zu den bereits ausgehandelten Konditionen mit der Fa. SAVD beteiligt. Die Bearbeitung der Empfehlung der Kommission für Integration wurde an ein Projekt im Rahmen der modularen Qualifizierung übertragen.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Nutzung der Dienstleistung Sprach- und Integrationsmittlung bzw. Videodolmetschen muss aus den Budgets der Dienststellen finanziert werden. Der Abstimmungsprozess hierzu ist nicht abgeschlossen.

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Sprachmittlung verbessert die Verständigung und damit die gesellschaftliche Teilhabe und die Nutzung von Angeboten und Leistungen für Zugewanderte.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 Koordinierungsgruppe Integration
 Rat für Integration und Zuwanderung

II. Herrn OBM

III. IV/KuF

Nürnberg,
Der Oberbürgermeister

()